

Wer mit dem Feuer spielt, kommt in die Zeitung

Martin Walsers *Friedenspreis-Rede* zwischen kalkuliertem Tabubruch und Strategien des Selbstschutzes¹

Christian Baier (Seoul National Uni)

*Dem Gedenken an Walter Jens gewidmet,
der am 9. Juni 2013 im Alter von 90 Jahren
in Tübingen verstorben ist.*

1. Die Walser-Bubis-Debatte

Am 11. Oktober 1998 wird Martin Walser in der Frankfurter Paulskirche der ‚Friedenspreis des deutschen Buchhandels‘ verliehen, und mit der Rede, die er bei dieser Gelegenheit hält, löst er eine öffentliche Debatte aus, die das Land auf Monate spalten sollte: In sämtlichen Feuilletons und Leserbriefspalten der großen deutschen Zeitschriften liefern sich Unterstützer und Kritiker hitzige Diskussionen um Walsers Ansichten – und damit auch um den angemessenen Umgang mit der deutschen Vergangenheit.²

¹ Zur Erstpublikation dieses Aufsatzes vgl. den Sammelband von Andrea Bartl und Martin Kraus (Hg.): Skandalautoren. Zu repräsentativen Mustern literarischer Provokation und Aufsehen erregender Autorinszenierungen. 2 Bde., Würzburg 2014.

² „Die publizistische Kontroverse beginnt im Oktober 1998 mit der Friedenspreisrede Martin Walsers, eskaliert Mitte November und klingt im Dezember nach der Aussprache zwischen Walser und Bubis aus.“ (Wilfried Scharf u. Martina Thiele: Die publizistische Kontroverse über Martin Walsers Friedenspreisrede. In: Deutsche Studien. Vierteljahreshefte (1999), Jg. 36, Heft 142, S. 147-208, hier S. 150)

In seiner Rede bekennt Walser, angesichts der medialen Darstellung des Holocaust, die er als „Dauerpräsentation unserer Schande“ (WBD 12)³ empfinde, habe er „lernen müssen wegzuschauen“ (WBD 8). Er macht deutlich, dass es ihm keineswegs darum zu tun ist, „unser Bild von dem, was in Auschwitz geschehen ist, [zu] ändern“:⁴ „Kein ernstzunehmender Mensch leugnet Auschwitz; kein noch zurechnungsfähiger Mensch deutelt an der Grausamkeit von Auschwitz herum“ (WBD 11), und der Name ‚Auschwitz‘ kann hier sicher „als *pars pro toto*, als Symbol für den gesamten Holocaust“⁵ aufgefasst werden. Dessen ungeachtet bekennt er sich zu dem Eindruck, dass „öfter nicht mehr das Gedenken, das Nichtvergessendürfen das Motiv“ (WBD 12) dieser anhaltenden Medienaufmerksamkeit sei, „sondern die Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken.“⁶ (ebd.) Walser sieht sich umgeben von „Meinungssoldaten“ (WBD 15), die, „mit vorgehaltener Moralpistole, den Schriftsteller in den Meinungsdienst nötigen“ (ebd.) wollten, und warnt: „Auschwitz eignet sich nicht dafür, Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung.“ (WBD 13)

³ Martin Walser: Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede. In: Frank Schirmacher (Hg.): Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation, Frankfurt/Main 1999, S. 7-17. – Der genannte Sammelband von Frank Schirmacher, in dem neben Walsers Rede eine Vielzahl weiterer einschlägiger Dokumente der Kontroverse enthalten sind, wird im Rahmen des vorliegenden Aufsatzes mittels der Sigle WBD unter Angabe der Seitenzahl zitiert. Zur besseren Orientierung wird dennoch bei der ersten Zitation eines Beitrags jeweils der Volltitel in einer Fußnote angegeben.

⁴ Ludger Jansen: Alles Schlußstrich – oder was? Eine philosophische Auseinandersetzung mit Martin Walsers Friedenspreisrede. In: Theologie und Philosophie 80 (2005), S. 412-422, hier zitiert nach der Online-Version: <http://home.arcor.de/metaphysicus/Texte/schlussstrich.pdf>, S. 3 (zuletzt aufgerufen am 26.11.2013).

⁵ Ebd.

⁶ Diese Formulierung wird noch zugespitzt von Klaus von Dohnanyi, der in einem kontrovers diskutierten Artikel zu Walsers Verteidigung den Ausdruck „Holocaust-Industrie“ verwendet (Klaus von Dohnanyi: Eine Friedensrede. Martin Walsers notwendige Klage. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. 11. 1998. In: WBD, S. 146-150, hier S. 149).

Darüber hinaus übt Walser scharfe Kritik am damals erst geplanten Holocaust-Denkmal im Zentrum Berlins, das er einen „fußballfeldgroßen Alptraum“ (ebd.) nennt, der nur einer „Monumentalisierung der Schande“ (ebd.) diene, und wendet sich außerdem gegen eine bestimmte Form des öffentlich-ritualisierten Gedenkens, das er in diesem Mahnmal repräsentiert sieht und als „Lippengebet“ (ebd.) empfindet: als obligatorische Pflichtübung nach dem Kalender, immer „in der Gefahr, symbolisch zu werden“ (WBD 14), d. h. sich in reiner Äußerlichkeit ohne Gehalt und Bedeutung zu erschöpfen. Dieser von ihm so genannten „Banalität des Guten“⁷ (ebd.) setzt Walser eine persönlich-individuelle „Gewissenserforschung in sich selbst“ (WBD 14) entgegen, die er als einzig sinnvollen Umgang mit der Erinnerung an die deutsche Vergangenheit empfindet.

Soweit die naturgemäß sehr verkürzte Wiedergabe einiger zentraler und besonders umstrittener Aussagen von Walsers Rede, die vom Publikum in der Paulskirche mit lang anhaltenden Ovationen aufgenommen wurde – mit einer signifikanten Ausnahme: Von den versammelten Honoratioren aus Politik und Gesellschaft stimmte allein Ignatz Bubis, damals Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, nicht in den allgemeinen Beifall ein, und er war es auch, der sich als erster kritisch zu Walsers Rede äußerte. Am 13. Oktober 1998, zwei Tage nach der Preisverleihung in Frankfurt, heißt es in einer Meldung der *Deutschen Presseagentur*:

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, hat dem Schriftsteller Martin Walser ‚geistige Brandstiftung‘ vorgeworfen. In seiner Friedenspreisrede in der Frankfurter Paulskirche hatte Walser die ‚Instrumentalisierung

⁷ Mit der Formulierung ‚Banalität des Guten‘ spielt Walser „natürlich auf Hanna Arendt an, die den Begriff der ‚Banalität des Bösen‘ prägte. Arendt wollte ihre Eindrücke vom Eichmann-Prozeß in Jerusalem zusammenfassen: ihre Erkenntnis, daß Adolf Eichmann, der Organisator des Holocaust, jenes unfäßbar Bösen, eben nicht ein unfäßbar böser Superteufel war.“ (ebd., S. 7)

von Auschwitz‘ kritisiert und gesagt, die ständige Thematisierung des Holocaust als einer ‚Moralkeule‘ erreiche letztlich den gegenteiligen Effekt. ‚Leute wie der DVU-Vorsitzende Gerhard Frey und Ex-Republikaner-Chef Franz Schönhuber sagen es auch nicht anders. Das ist geistige Brandstiftung‘, sagte Bubis am Montag. (WBD 34)⁸

Einen knappen Monat später, am 9. November 1998, nutzt Bubis eine Ansprache anlässlich des 60. Jahrestages der ‚Reichspogromnacht‘, um sich noch einmal mit Walsers Rede auseinanderzusetzen und seine Vorwürfe gegen den Schriftsteller zu bekräftigen. Nachdem er einige Versuche der Geschichtsrevisi- on aufgezählt hat, die „überwiegend, aber nicht nur, aus rechtsradikalen Krei- sen“ (WBD 108) gekommen seien, bezeichnet er Walsers Rede als „[d]en neu- esten Versuch, Geschichte zu verdrängen beziehungsweise die Erinnerung auszulöschen“ (WBD 108).⁹ Walser habe sich „eindeutig für eine Kultur des Wegschauens und des Wegdenkens [ausgesprochen], die im Nationalsozialis- mus mehr als üblich [gewesen sei] und die wir uns heute nicht wieder ange- wöhnen dürff[t]en.“ (WBD 111) Er wiederholt auch ausdrücklich die umstrittene Formulierung der *geistigen Brandstiftung*. Bezogen auf die von Walser ange- sprochene „unvergängliche Schande“ (WBD 11) der deutschen Vergangenheit stellt Bubis fest: „Diese Schande war nun einmal da und wird durch das Verges- senwollen nicht verschwinden, und es ist eine ‚geistige Brandstiftung‘, wenn jemand darin eine Instrumentalisierung von Auschwitz für gegenwärtige Zwek- ke sieht.“ (WBD 111)

⁸ Geistige Brandstiftung. Bubis wendet sich gegen Walser. dpa/Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. 10. 1998. In: WBD 34f.

⁹ Ignatz Bubis: Rede des Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland am 9. November 1998 in der Synagoge Rykerstraße in Berlin. In: WBD 106-113.

Auf Bubis' erste Erwiderung folgt eine wahre Flut von Artikeln, Leserbriefen, Kommentaren und offenen Briefen an die Kontrahenten,¹⁰ in denen Politiker, Intellektuelle, Journalisten und auch einfache Bürger ihre Meinung kundtun, Walsers Ansichten verurteilen oder verteidigen, Bubis' Reaktion begrüßen oder kritisieren.¹¹ Den Grund für dieses überwältigende öffentliche Interesse formuliert der Publizist und Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki so prägnant wie treffend in einem Beitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2. Dezember 1998: „Jedermann weiß, worum es hier geht – um das deutsche Jahrhundertverbrechen, um deutsche Schuld und deutsche Schande. Man kann es kürzer sagen: Es geht um Deutschland gestern und heute, also um die Frage, was gestern geschehen ist und wie wir uns heute dazu verhalten dürfen oder sollen oder vielleicht sogar müssen.“ (WBD 321)¹²

Die gesellschaftliche, politische und historische Tragweite der sogenannten *Walser-Bubis-Debatte* besteht nicht zuletzt darin, dass sie die Grenzen dessen neu bestimmt, was im öffentlichen Diskurs um das Gedenken an den Holocaust als akzeptabel angesehen wird: „Bis zur Rede Martin Walsers galt, daß wir nicht vergessen dürfen, nicht wegschauen, nicht aufhören zu überprüfen, wie anfällig wir Deutsche für politischen Extremismus sind. Diesen Konsens stellt der Schriftsteller [...] in Frage“.¹³ Nicht wenige empfinden das als einen – unglück-

¹⁰ Allein der von Schirmacher herausgegebene Sammelband verzeichnet über 250 einzelne Beiträge, ohne damit jedoch Vollständigkeit zu beanspruchen.

¹¹ „In den folgenden Tagen beherrscht das Thema ‚Walser und die Friedenspreisrede‘ die Leserbriefseiten der überregionalen Tages- und Wochenpresse. Die Aussagen pro und contra Walser halten sich insgesamt die Waage, eine leichte Tendenz ist bei der Berliner *tageszeitung*, der *Frankfurter Rundschau* und der *Süddeutschen Zeitung* einerseits und der *Welt*, der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *Zeit* und dem *Rheinischen Merkur* andererseits zu erkennen.“ (Scharf/Thiele: *Kontroverse*, 155)

¹² Marcel Reich-Ranicki: Das Beste, was wir sein können. Walser, Bubis, Dohnanyi und der Antisemitismus. In: WBD 321-325.

¹³ Scharf/Thiele: *Kontroverse*, S. 147.

seligen oder befreienden – Tabubruch, so auch Lea Rosh in einem Beitrag für die *Frankfurter Rundschau*:

Die Rede von Martin Walser hat mit einem Tabu in diesem Land gebrochen, hat Dinge benannt, die so zuvor nur in der ‚Deutschen Soldatenzeitung‘ benannt worden sind. Hätte es jemand in der etablierten Politik getan, wäre er geächtet worden. Walser ist nicht einmal laut und vernehmlich widersprochen worden [...]. Im Gegenteil: Zustimmung und Beifall allerseits. Das hat einen Vorhang zerrissen, der vorher vieles verdeckt hatte.¹⁴

Die Einschätzung Roshs, dass ein deutscher Politiker, der in einer Rede die selben Aussagen getroffen hätte wie Martin Walser, von der Öffentlichkeit ‚geächtet‘ worden wäre, ist kaum übertrieben. Zu ihrer Untermauerung muss man weder den Fall der früheren Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) herbeizutieren, die aufgrund einer sehr viel harmloseren Äußerung kurz vor der Bundestagswahl 2002 im nächsten Kabinett Schröder nicht mehr berücksichtigt wurde,¹⁵ noch an die unselige Rede des zurückgetretenen Bundes-

¹⁴ *Frankfurter Rundschau* vom 6. 2. 1999; in überarbeiteter Form ebenfalls abgedruckt in Johannes Klotz u. Gerd Wiegel (Hg.): *Geistige Brandstiftung? Die Walser-Bubis-Debatte*, Köln 1999, S. 118-142. – Die ‚Deutsche Soldaten-Zeitung‘, heute ‚National-Zeitung‘, ist eine überregionale deutsche Wochenzeitung, die dem rechtsnationalen politischen Spektrum zuzuordnen ist. Schon dieser Vergleich macht deutlich, dass Rosh, die sich vehement für das Berliner Holocaust-Denkmal engagiert hat, Walsers Äußerungen kritisch gegenübersteht und ihm nationalistische oder antisemitische Motive unterstellt.

¹⁵ Laut dem *Schwäbischen Tagblatt* vom 19. September 2002 hatte Däubler-Gmelin (SPD), zum damaligen Zeitpunkt Bundesjustizministerin und Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Tübingen, in eine Rede die Vorbereitungen des amerikanischen Präsidenten George W. Bush zum Irakkrieg als Ablenkung von innenpolitischen Schwierigkeiten bezeichnet und hinzugefügt, das sei „eine beliebte Methode. Das hat auch Hitler schon gemacht.“ Däubler-Gmelin selbst bestritt diese Darstellung und betonte, sie habe in der Diskussion mit Betriebsräten „klargestellt, dass ein Zusammenhang zwischen Bush und Hitler ‚völlig unzulässig‘ und dies ‚weder so gesagt noch so gemeint‘ gewesen sei.“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20. 9. 2002)

tagspräsidenten Philipp Jenninger aus dem Jahr 1988 erinnern¹⁶ – es genügt der Hinweis auf eine Äußerung des damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder, der Walsers Formulierung von der ‚Moralkeule‘ Auschwitz in der Sat1-Sendung *Talk im Turm* mit den Worten kommentierte: „Ich denke, ein Schriftsteller muß das sagen dürfen, der Bundeskanzler nicht.“¹⁷

Walser hingegen ist nach seinen Äußerungen weder ‚geächtet‘ noch zur gesellschaftlichen *persona non grata* erklärt worden – das hat nicht einmal sein Widersacher Ignatz Bubis versucht. Im Gegenteil hat er Walser später sogar angeboten, den Vorwurf der ‚geistigen Brandstiftung‘ zurückzunehmen,¹⁸ und dabei ausdrücklich betont, er habe „zu keinem Zeitpunkt sagen wollen [...], daß Walser, Deckert und Frey“ (WBD 438)¹⁹ in einem Atemzug genannt werden dürften. Auch haben selbst manche von Walsers Kritikern zumindest *eine* Folge der Rede lobend hervorgehoben, die Tatsache nämlich, dass sie eine kontroverse Diskussion angestoßen habe. So bekennt Marcel Reich-Ranicki, zwar habe Walser „uns und sich selber viel Kummer bereitet“ (WBD 325), doch sei er ihm trotzdem dankbar: „Soviel gegen Walsers Rede auch zu sagen ist, hat sie zu

¹⁶ Jenninger hielt am 10. November 1988, zum 50. Jahrestag der Pogrome am 9. November 1938, eine Rede vor dem Deutschen Bundestag, deren missverständliche Formulierungen den Eindruck erwecken konnten, er sei fasziniert vom Nationalsozialismus. Die Rede löste einen nationalen und internationalen Skandal aus, der Jenninger schon am folgenden Tag zum Rücktritt zwang.

¹⁷ Äußerung Gerhard Schröders in der Sat1-Sendung *Talk im Turm* vom 1. 11. 1998, zitiert nach Werner A. Perger: Wir Unbefangenen. *Die Zeit* vom 12. 11. 1998.

¹⁸ Gegen Ende des von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* veranstalteten und von Frank Schirmmacher moderierten Gesprächs stellt Bubis Walser gegenüber fest: „Nachdem Sie in diesem Gespräch Ihren Standpunkt erläutert haben, nehme ich den Ausdruck geistiger Brandstiftung zurück.“ (WBD 464) Walser regiert auf dieses Angebot mit Ablehnung: „Das brauchen Sie nicht. Ich bin keine Instanz, vor der man was zurücknimmt. Ich bin kein Offizier aus dem Casino. Ich brauche das nicht.“ (ebd.)

¹⁹ Ignatz Bubis, Salomon Korn, Frank Schirmmacher, Martin Walser: Wir brauchen eine neue Sprache für die Erinnerung. Ein Gespräch. In: WBD 438-465. – Günter Deckert (geb. 1940) ist ein rechtsextremer Politiker und verurteilter Holocaust-Leugner. Gerhard Frey (1933-2013) war Gründer und langjähriger Vorsitzender der rechtsextremen *Deutschen Volksumion* (DVU).

einer Diskussion Anlaß gegeben, aus der wir alle viel lernen können. Wir werden sie so bald nicht vergessen.“ (ebd.)

Trotz des medialen Aufruhrs um seine *Paulskirchen-Rede*, trotz der harschen Kritik an seiner Person und seinen Äußerungen ist Martin Walser auch fünfzehn Jahre nach seinen umstrittenen Äußerungen ein angesehener und respektierter Intellektueller. Angesichts der zitierten Beispiele, die zeigen, was für weitreichende Folgen unbedachte öffentliche Äußerungen zum Umgang mit der deutschen Vergangenheit haben können, besteht kein Zweifel daran, dass Walser sich des Risikos bewusst gewesen sein muss, das er mit seiner Rede eingehen würde. Er muss gewusst haben, dass eine Formulierung wie die der „Instrumentalisierung von Auschwitz“ (WBD 111) oder die Verwendung des Wortes „Moralkeule“²⁰ (WBD 13) in diesem Kontext unausweichlich heftigste öffentliche Proteste hervorrufen würden, potentiell geeignet, seinen Ruf als Autor und Intellektueller ebenso schwer wie nachhaltig zu beschädigen: „Der von Bubis gegen Walser und Dohnanyi erhobene Vorwurf des latenten Antisemitismus gehört zu den schärfsten Vorwürfen, die hierzulande gemacht werden können“,²¹ und er trägt ein Stigma, von dem der Betroffene sich normalerweise nur schwer wieder erholt: „Verteidigt sich der so Angegriffene, kann es sein, daß er erst recht als Antisemit entlarvt wird bzw. sich entlarvt, verzichtet er auf eine Verteidigung, bestätigt er den Vorwurf indirekt.“²²

²⁰ Das Wort ‚Moralkeule‘ kam nicht nur in die engere Wahl zum ‚Unwort des Jahres 1998‘ (vgl. www.unwortdesjahres.net/index.php?id=33; zuletzt aufgerufen am 15. 6. 2013), sondern spielt laut Thomas Assheuer auch „auf einen rechtsradikalen Buchtitel an.“ (vgl. Thomas Assheuer: Ein normaler Staat. In: WBD 134-138, hier S. 135) Der fragliche Titel konnte jedoch nicht ermittelt werden.

²¹ Gerd Wiegel: Eine Rede und ihre Folgen. Die Debatte zur Walser-Rede. In: Johannes Klotz u. Gerd Wiegel (Hg.): Geistige Brandstiftung? Die Walser-Bubis-Debatte, Köln 1999, S. 17-64, S. 31.

²² Scharf/Thiele: Kontroverse, S. 200.

Und während es müßig wäre, über die Gründe von Walsers Verhalten zu spekulieren, liegt eine *Folge* seines Verhaltens auf der Hand: Dank des kalkulierten Tabubruchs, sich in einer derart provokanten Weise und bei einer so exponierten Gelegenheit über den Holocaust zu äußern, waren Rede und Person Martin Walsers für Monate das bestimmende Thema in der deutschen Öffentlichkeit – ein Umstand, der sich zweifellos als ausgesprochen verkaufsfördernd erwiesen hat. Aus diesen Beobachtungen aber ergibt sich die Frage, woran es liegt, dass Walser aus dieser heiklen Lage weitgehend unbeschadet hervorgegangen ist: Zwar wird sein Name immer mit der Kontroverse um die Friedenspreiße verbunden bleiben, was ihn zu einer umstrittenen öffentlichen Figur macht, aber er ist nicht zu einer *persona non grata* der deutschen Öffentlichkeit erklärt worden. Präziser formuliert: (1) Welche Elemente der planvollen Selbstinszenierung lassen sich in Walsers Verhalten feststellen? Und (2) Welche Mechanismen oder Strategien²³ lassen sich in der Rede selbst oder in Walsers Auftreten in der anschließenden Kontroverse ausmachen, die als Erklärung dafür angesehen werden können, dass er eben nicht öffentlich ‚geächtet‘ worden ist?

2. Eine Sonntagsrede? – Implikationen einer Gattungsbezeichnung

Die Druckfassung von Walsers Rede führt ihre Gattungsbezeichnung bereits im

²³ Während die Bezeichnung ‚Mechanismus‘ auf sprachliche, mediale oder gesellschaftliche Zusammenhänge verweist, impliziert der Ausdruck ‚Strategie‘ ein planvolles Verhalten Walsers, das dem Erreichen bestimmter Ziele dient. Damit wird Martin Walser eine Intention unterstellt, die naturgemäß nicht bewiesen, sondern nur angenommen werden kann. Wenn in diesen Ausführungen dennoch von sprachlichen und rhetorischen ‚Strategien‘ gesprochen wird, so geschieht das (1) auf der Grundlage von Hinweisen, die ein planvolles Handeln nahelegen und (2) im Sinne der eben formulierten Einschränkung.

Titel: „Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede“ (WBD 7),²⁴ und auch die Zuhörer in der Paulskirche²⁵ wurden bereits nach wenigen Sätzen mit dieser Bezeichnung konfrontiert. Von sich selbst in der 3. Person sprechend, fasst Walser die Erwartungen, die die Öffentlichkeit seiner Ansicht nach an die Rede eines Friedenspreis-Trägers stellt, wie folgt zusammen: „Klar, von ihm wurde die Sonntagsrede erwartet. Die kritische Predigt. Irgend jemandem oder gleich allen die Leviten lesen.“ (ebd.) Sowohl die Bezeichnung ‚Predigt‘ als auch der Ausdruck ‚jemandem die Leviten lesen‘ verweisen dabei auf einen belehrenden, ermahnenden oder tadelnden Inhalt, der für Walser offensichtlich das Wesentliche einer *Sonntagsrede* ausmacht, auf das Sprechen im Gestus moralischer Überlegenheit, sozusagen ‚von der Kanzel herab‘. Walser bekennt sich zu inneren Widerständen gegen die Aussicht, eine solche „kritische Sonntagsrede“ (WBD 8) halten zu müssen, die „die Nation aufwühlen, nachdenklich machen, letztlich voranbringen“²⁶ solle, und äußert den Wunsch, stattdessen lieber eine schöngeistige Rede zu halten, also „fünfundzwanzig oder gar dreißig Minuten

²⁴ Dieter Borchmeyer schlägt eine assoziative Brücke von Walsers Rede zu Heinrich von Kleists Aufsatz *Über die allmähliche Verfertigung der Gedanken beim Reden*: „Walser nennt seine Rede ‚Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede‘. Thema und Ton sind genau bezeichnet – frei nach Kleist: ‚Über die allmähliche Verfertigung einer Rede beim Reden‘. Ein Schriftsteller unternimmt hier den tastenden Versuch einer Selbsterkundung.“ (Dieter Borchmeyer: Von der politischen Rede des Dichters. In: WBD 608-616, hier S. 612.) Damit zeigt sich auch eine weitere konstitutive Uneindeutigkeit: Der Leser oder Hörer kann sich nicht sicher sein, ob das Ergebnis von Walsers „Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede“ nun die fragliche Rede selbst ist – oder aber *ein Protokoll von Walsers Erfahrungen!*

²⁵ Kai Köhler weist auf die Diskrepanz zwischen dem gesprochenen Wort der gehaltenen Rede und ihrer gedruckten Form hin, die mehrfach gelesen und im Detail analysiert werden kann. Dem daraus sich ergebenden Einwand gegen die Legitimation einer solchen ‚nachträglichen‘ Analyse begegnet er mit dem Argument, es deute manches darauf hin, dass Walser „sich des Konfliktpotentials der Rede bewußt [gewesen sei]; der Text dürfte deshalb auch auf die Auseinandersetzung, die er hervorrief, und auf eine verbreitete Lektüre hin geschrieben worden sein.“ (Kai Köhler: Die poetische Nation. Zu Martin Walsers Friedenspreisrede und seinen neueren Romanen. In: Johannes Klotz u. Gerd Wiegel (Hg.): Geistige Brandstiftung? Die Walser-Bubis-Debatte, Köln 1999, S. 65-117, hier S. 65)

²⁶ Scharf/Thiele: Kontroverse, 147.

lang nur Schönes [zu] sagen, das heißt Wohltuendes, Belebendes, Friedenspreismäßiges“ (WBD 7). Er hätte es vorgezogen, über Bäume oder Sonnenuntergänge zu sprechen, auch auf die Gefahr hin, sich später für dieses „Potpourri des Schönen [...] rechtfertigen [zu] müssen“ (WBD 8), wenn er danach nicht sowieso „erledigt“ (WBD 7) gewesen wäre.

Der Wunsch, über Bäume und Sonnenuntergänge sprechen zu können, muss zweifellos als ironisch gebrochen aufgefasst werden.²⁷ Dennoch etabliert Walser bereits an dieser Stelle ein strukturelles Muster, „das er im Verlauf der Rede mehrfach verwenden wird“.²⁸ Der Gegensatz zwischen der ‚kritischen‘ Sonntagsrede, die man von ihm erwarte, und der ‚schöngeistigen‘, die er lieber gehalten hätte, verweist auf den übergeordneten Gegensatz zwischen den Anforderungen der medialen Öffentlichkeit auf der einen und den individuellen Wünschen und Bedürfnissen des Literaten und Sprach-Künstlers Martin Walser auf der anderen Seite. In diesem Spannungsfeld zwischen Medien und Individuum, öffentlicher und literarisch-künstlerischer Sprache changiert Walsers gesamte Rede, und schon mit ihren ersten Sätzen schafft sich Walser „eine Position, die es ihm ermöglicht, zwischen Teilnahme am tagespolitischen Meinungsstreit und dichterischer Erfahrung zu changieren. Selbst einzelne Sätze bleiben häufig in der Schwebelage zwischen beidem und entziehen sich so, ohne an politischer Wirkkraft einzubüßen, der an der einzelnen Sachaussage orientierten Kritik.“²⁹

Diese inhärente Mehrdeutigkeit kann als strukturelles Merkmal und rhetorisches Grundprinzip von Walser Rede angesehen werden, das sich in unterschiedlichen Formen im Text manifestiert. So führt Walser zwar Beispiele an, um seine

²⁷ Vor allem die Formulierung, dass „die Sonne, wenn sie am Wasser untergeh[e], zu Übertreibungen neig[e]“ (WBD 7), lässt unwillkürlich an Heinrich Heines ironisch-bissiges Gedicht *Das Fräulein stand am Meere* denken.

²⁸ Köhler: Nation, S. 67.

²⁹ Ebd.

Position zu stützen, bleibt dabei aber bewusst vage, indem er von einem „wirklich bedeutende[n] Denker“, einem „ebenso bedeutende[n] Dichter“ und einer „intellektuell maßgeblichen Wochenzeitung“ (WBD 10) spricht, es damit aber dem Leser anheim stellt zu entschlüsseln, dass es sich um Jürgen Habermas, Günter Grass und *Die Zeit* handelt.³⁰ Ebenso wenig benennt er konkret, wer die „Meinungssoldaten“ (WBD 15) sein sollen, von denen er sich bedrängt fühlt,³¹ oder wer angeblich den Holocaust „zu gegenwärtigen Zwecken“ (WBD 12) instrumentalisieret,³² so dass es wieder dem Publikum überlassen bleibt zu entscheiden, wer genau die ‚Meinungssoldaten‘ in Marsch setze oder den Holocaust instrumentalisieret – *das Fernsehen* vielleicht, oder *die Anwälte, die Banken* oder sogar *die Juden*?

Und wenn jeder der Zuhörer sich selbst einen Schuldigen aussuchen kann, dann ergeben sich aus diesem rhetorischen Verfahren zwei unmittelbare Konsequenzen: Erstens erhöht sich dadurch die Bereitschaft des Publikums, sich mit dem Redner zu identifizieren und seinen Aussagen zuzustimmen – schließlich glaubt jeder, Walser spreche genau von dem Fall oder der Personengruppe, an die man selbst auch gerade denke. Zweitens aber dispensiert diese Strategie den Redner von der Notwendigkeit, für mögliche Assoziationen seines Publikums die Verantwortung zu übernehmen. Beides möchte ich an einem Beispiel illustrieren.

In seinem Gespräch mit Walser deutet Ignatz Bubis den Ausdruck ‚Instrumentalisierung des Holocaust‘, indem er eine Verbindung zu tagesaktuellen Ereignis-

³⁰ Vgl. Jansen: Schlußstrich, S. 2, Anm. 4. – Bewusst ist an dieser Stelle nur von den ‚Lesern‘ des später gedruckten Textes die Rede, denn die Zuhörer in der Paulskirche hatten sicherlich keine Gelegenheit, diese Verbindungen herzustellen.

³¹ Reich-Ranicki fragt denn auch: „Wer instrumentalisiert und zu welchen Zwecken? [...] Wo sind diese Meinungssoldaten – in der ‚Zeit‘, im ‚Spiegel‘ oder in der ‚Frankfurter Allgemeinen Zeitung‘?“ (WBD 324f.)

³² Gerade an dieser Stelle scheint Walsers pauschale Kritik, wie Scharf und Thiele bemerken, „aus Verschwörungstheorien gespeist. Als ob geheime Kräfte am Werk wären, die das deutsche Volk permanent mit seiner schrecklichen Geschichte konfrontieren wollten. Doch wer soll das sein? Hollywood, der WDR, der jüdische Weltkongreß?“ (Scharf/Thiele: Kontroverse, S. 168)

sen des Jahres 1998 herstellt, namentlich zu den zeitgleich in den USA anhängigen Sammelklagen von Zwangsarbeitern auf Entschädigung gegen die Bundesrepublik Deutschland: „Sie sprachen von der Instrumentalisierung von Auschwitz. Wir führen in den letzten Monaten eine Debatte um Entschädigungsfragen. Ich habe die ‚gegenwärtigen Zwecke‘ in diesem Sinn verstanden. Instrumentalisierung für Auschwitz für ‚gegenwärtige Zwecke‘, das heißt, im Hinblick darauf, was im Augenblick mit Entschädigungsfragen, Zwangsarbeitern, Arisierung läuft; das haben Sie gemeint.“ (WBD 439) Bubis füllt die semantische ‚Leerstelle‘ in Walsers Text und bietet damit eine Interpretation, die von vielen Kritikern der Rede als plausibel und überzeugend angesehen wurde. Martin Walser aber verwahrt sich gegen diese Assoziation: „Nun stellen Sie sich vor, in einer Rede in der Paulskirche, die ausschließlich an ein deutsches Publikum und nicht an den Staat gerichtet ist [...], da werde ich über die Ansprüche von Zwangsarbeitern oder überhaupt über irgendein ausländisches Problem sprechen – das liegt mir so fern.“ (WBD 444) Und Walser kann Bubis‘ Lesart seiner Rede auch deshalb im Brustton der Überzeugung von sich weisen, weil er ja tatsächlich nie von Zwangsarbeitern oder Entschädigungszahlungen gesprochen hat. Er hat nur eine semantische *Leerstelle* zur Verfügung gestellt – ihre Deutung ist allein das Werk des Zuhörers Bubis!³³

Eine ganz ähnliche Funktion erfüllen die zahlreichen rhetorischen Fragen in Walsers Rede; auch hier sei nur ein besonders prägnantes Beispiel angeführt.³⁴

³³ In dem von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* veranstalteten Gespräch weist auch Salomon Korn ausdrücklich darauf hin, dass Walser „mit der Unschärfe [seiner] Rede einen riesigen Assoziationshintergrund geschaffen“ habe (WBD 458).

³⁴ Ein anderes Beispiel ist die rhetorische Frage, die der Redner stellt, während er nach eigenem Bekunden „vor Kühnheit zitter[t]“ (WBD 13): „Aber in welchen Verdacht gerät man, wenn man sagt, die Deutschen seien jetzt ein normales Volk, eine gewöhnliche Gesellschaft?“ (ebd.) Walser deutet damit an, dass er selbst in einen bestimmten Verdacht geraten könne, und wieder legt der Kontext eine Assoziation nah: Es ist der Verdacht einen „Schlußstrich“ (WBD 450) unter die Beschäftigung mit der deutschen Vergangenheit ziehen zu wollen – ein Vorwurf, der auch tatsächlich gegen Walser erhoben worden ist: „Das Wort ‚Schlußstrich‘ ist mit der Walser-Bubis-Debatte eng

Der Redner fragt nach den Motiven der von ihm kritisierten Intellektuellen für ihre mediale ‚Instrumentalisierung der Schande‘ des Holocaust und spekuliert: „Könnte es sein, daß die Intellektuellen, die sie uns vorhalten, dadurch, daß sie uns die Schande vorhalten, eine Sekunde lang der Illusion verfallen, sie hätten sich, weil sie wieder im grausamen Erinnerungsdienst gearbeitet haben, ein wenig entschuldigt, seien für einen Augenblick sogar näher bei den Opfern als bei den Tätern?“ (WBD 11) Er behauptet also keineswegs, dass dies wirklich der Fall sei, legt es mit seiner rhetorischen Frage aber unzweideutig nah. Die Implikation ist unverkennbar, trotzdem wäre es schwierig, Walser für entsprechende Schlussfolgerungen verantwortlich zu machen, könnte er doch zurecht darauf verweisen, niemals dergleichen behauptet zu haben.

Berücksichtigt man darüber hinaus die ausgesprochen komplizierte Struktur von Walsers Rede, die gelegentlich eher assoziativ als argumentativ verläuft, so ist der Aussage Kai Köhlers zuzustimmen, wenn er konstatiert: „Kaum ist hier von einer Argumentation zu sprechen. Walser suggeriert eine Position; Begründungen finden sich vereinzelt, nicht aber an Schlüsselpunkten der Rede.“³⁵ Eine solche Vorgehensweise ist im Falle einer ‚Sonntagsrede‘ durchaus angemessen, da diese Gattung nun einmal anderen Regeln folgt und sich an anderen Maßstäben messen lassen muss als ein wissenschaftlicher Vortrag. Im Falle der Paulskirchen-Rede aber hat diese gattungsspezifische Besonderheit eine klar erkennbare rhetorisch-strategische Funktion: Sie dient dem Selbstschutz des Redners. Zwar ist es immer noch möglich, einzelne Formulierungen aus dem Zusammenhang der Rede zu lösen und zu kritisieren, aber das Geflecht von Anspielungen, Assoziationen, Leerstellen und rhetorischen Fragen eröffnet Walser die

verbunden“ (Jansen: Schlußstrich, 14), obwohl es weder in Walsers Rede noch in Bubis‘ erster Reaktion vorkommt, sondern erst in der anschließenden Auseinandersetzung zum Thema wird. Durch seine rhetorische Frage antizipiert Walser diesen Vorwurf, und damit gelingt es ihm, sich sozusagen im Vorhinein dagegen zu wappnen und ihm einen Teil seiner Schärfe und Durchschlagskraft zu nehmen.

³⁵ Köhler: Nation, S. 68.

Möglichkeit, sich stets auf den Standpunkt zurückzuziehen, so, wie der Kritiker seine Worte verstanden habe, seien sie gar nicht gemeint gewesen.

In seinem Artikel für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* wirft Marcel Reich-Ranicki Martin Walser Verantwortungslosigkeit und Versagen vor:

Er hat versagt, aber nicht politisch und nicht moralisch, nicht als Denker und nicht als Zeitkritiker. Er hat als Redner versagt und auch als Literat. Ich sehe in der Rede keinen einzigen wirklich empörenden Gedanken. Aber es wimmelt in ihr von unklaren und vagen Darlegungen und Formulierungen, die mißverstanden werden können und von denen manche – das war doch vorauszusehen – mißverstanden werden müssen. (WBD 324)

Die Überzeugung Reich-Ranickis, der nicht glaubt, dass „Walser die zahlreichen vieldeutigen und mißverständlichen Äußerungen in seiner Rede haben wollte“ (WBD 325), erscheint wenig plausibel, wie schon Ignatz Bubis feststellte: „Martin Walser gehört zu den führenden Schriftstellern der Nachkriegsrepublik und ist ein Mann des Wortes. Er muß es sich deshalb gefallen lassen, daß man seiner Sprache und seinem Duktus mehr Aufmerksamkeit schenkt, als der Sprache und dem Duktus eines gewöhnlichen Sterblichen wie mir.“ (WBD 111)

Auch Walser selbst beharrt in aller Entschiedenheit darauf, nicht missverstanden worden zu sein. Noch im Gespräch mit Bubis verwahrt er sich ausdrücklich gegen diese Annahme: „Die Mehrheit hat mich richtig verstanden. Entschuldigung. Das lasse ich mir nicht nehmen.“ (WBD 457) Er nimmt als Grund für die Attacken gegen seine Person den Verstoß gegen die im Diskurs über die deutsche Vergangenheit allgemein akzeptierten sprachlichen Konventionen an: „Ich glaube, diese Rügen, diese Unterstellungen ziehe ich mir zu, weil ich mich nicht der für Bewältigung eingeführten und von den moralischen Instanzen abgesetzten Umgangssprache bedienen kann.“ (WBD 258) Dieser *Umgangssprache*,

dem „eingeschlafenen Routinesprachgebrauch“ (WBD 446) konventionellen Gedenkens, setzt er seine *literarische Sprache* als einzig selbstbestimmte Sprachform entgegen: „Gibt es außer der literarischen Sprache noch eine, die mir nichts verkaufen will? Ich kenne keine!“ (ebd.) Walsers Beharren auf sprachlicher Souveränität im Umgang mit dem Holocaust führt diese Argumentation an den Anfang des Teilkapitels zurück, denn wie schon anlässlich der Frage, ob es einem Preisträger erlaubt sei, die Art von ‚Sonntagsrede‘ zu halten, die er halten wolle, spielt Walser auch hier seinen individuellen Standpunkt gegen den der Öffentlichkeit aus, oder besser: gegen eine von ihm behauptete *communis opinio*, die ihn einzuschränken und sein (sprachliches und tatsächliches) Handeln zu diktieren suche. Walser evoziert damit den alten Topos des Künstlers, der seine individuelle Freiheit gegen die Ansprüche und Konventionen der Gesellschaft verteidigen müsse. An dieser Stelle dient der Topos Walser dazu, den Gebrauch seiner „persönlichen Schriftsteller-Sprache“ (WBD 456) in einer gesellschaftspolitischen Rede zu legitimieren und sich damit der literarisch-rhetorischen Mittel zu bedienen, die ihm, wie dargestellt, als Schutzmechanismen dienen.³⁶

³⁶ In seinem so klugen wie einsichtsvollen Beitrag in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 30. 1. 1999 postuliert Dieter Borchmeyer ein Menschenrecht des Dichters, „Dichter im Sinne der Selbstgesetzlichkeit der Kunst sein zu dürfen, auch wenn dieser Dichter sich als leidenschaftlichen homo politicus versteh[e]“ (WBD 610). Zur Unterstützung dieses Standpunktes zitiert er Thomas Mann, der dem Dichter in den *Betrachtungen eines Unpolitischen* die Fähigkeit zuspricht, *stereoskopisch zu sehen*, also verschiedene und widersprüchliche Positionen zu vertreten (vgl. Thomas Mann: *Betrachtungen eines Unpolitischen*. In: Ders.: *Gesammelte Werke in 13 Bänden*, Band XII: *Reden und Aufsätze 4*, Frankfurt a. M. 21974, S. 228): „Thomas Mann warnt deshalb den Leser davor, jedes Argument, dessen er sich bedient, für bare Münze zu nehmen, anstatt die durchgespielten Positionen so aufzunehmen wie die Äußerungen verschiedener Personen.“ (WBD 610) Dieses Recht habe auch Martin Walser in seiner Rede für sich beansprucht, und genau das hätten „die mit literarischer Rede Unerfahrenen nicht begriffen und stattdessen geglaubt, Walser verkünde apodiktisch, was doch lediglich als unwillkürlicher Gedanke, der in ihm aufsteigt oder gar nur aufsteigen könnte, zitiert wird – in der Form der Beschreibung eines Inneren Monologs.“ (WBD 612) – So scharfsinnig und präzise Borchmeyers Analyse auch ist, verkennt er doch, dass er (1) von einem Zuhörer in der Paulskirche nicht das Maß an literaturwissenschaftlicher Kompetenz

3. Walsers Anspruch auf Subjektivität und das ‚Kollektiv der Schande‘

Anhand des Titels *Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede* lässt sich ein weiteres zentrales Element der sprachlich-rhetorischen Verteidigungsstrategie Martin Walsers illustrieren, denn die eigenwillige Formulierung dient nicht zuletzt dem Zweck, „den Verfasser als skrupulösen Dichter aus[zu]weisen, der nicht vorgefaßte Positionen verkündet, sondern reflektierend im Schreibprozeß sich sowohl der Realität als auch der eigenen Person, die diese Realität erfährt, vergewissert.“³⁷ Tatsächlich spricht Walser in zahlreichen Passagen ganz ausdrücklich nur von sich selbst, seinen Erfahrungen und Gefühlen, so etwa, wenn er bekennt, dass er „[v]on den schlimmsten Filmsequenzen aus Konzentrationslagern [...] bestimmt schon zwanzigmal weggeschaut“ (WBD 11) habe: „Ich verschließe mich Übeln, an deren Behebung ich nicht mitwirken kann. Ich habe lernen müssen wegzuschauen. Ich habe mehrere Zufluchtswinkel, in die sich mein Blick sofort flüchtet, wenn mir der Bildschirm die Welt als eine unerträgliche vorführt. [...] Ich käme ohne Wegschauen und Wegdenken gar nicht durch den Tag und schon gar nicht durch die Nacht.“ (WBD 8)

Angesichts einer solchen Aussage, die nur Martin Walser selbst und persönlich betrifft, ist es nicht verwunderlich, dass Walser die an ihn gerichteten Vorwürfe, er habe in Hinsicht auf die Erinnerung an den Holocaust zum ‚Wegschauen und

erwarten kann, über das er selbst verfügt, und dass es daher (2) als zumindest fahrlässig anzusehen ist, in einem eindeutig politisch-öffentlichen Kontext eine Rede mit diesem literarischen Anspruch zu halten. Entweder hat also Martin Walser die angemessene diskursive Ebene verfehlt – oder er hat sich der *literarischen Sprache* ganz bewusst zu seinem Schutze bedient.

³⁷ Köhler: Nation, S. 66. Dass Walsers Überschrift ihr Ziel erreicht, verdeutlicht nicht zuletzt Borchmeyers bereits zitierte Assoziation mit Kleists Essay *Über die allmähliche Verfertigung der Gedanken beim Reden*, in dem er von Walsers „tastende[m] Versuch einer Selbsterkundung“ (WBD 612) spricht.

Wegdenken‘ aufgerufen, mit dem Hinweis auf die reine Subjektivität seiner Aussagen zurückweist: Er habe aus seiner ganz persönlichen Reaktion auf KZ-Szenen im Fernsehen geschlossen, „daß diese Szenen vielleicht – was mich angeht – zu oft vorkommen. Ich habe aber keinem Menschen empfohlen, das so zu empfinden wie ich.“ (WBD 441) Und in dem gleichen Gespräch mit Ignatz Bubis äußert er: „Ich habe nur gesagt, wie es mir geht. Und darin haben andere gesehen, wie es ihnen geht“ (WBD 456) – dafür die Verantwortung zu übernehmen, lehnt Walser ab.

Allerdings ist Walsers Rückzug auf den Standpunkt, er „habe nur [seine] Selbsterkundung öffentlich vorgeführt“ (WBD 442), aus verschiedenen Gründen wenig überzeugend. Zunächst einmal kann eine Rede zur Verleihung des ‚Friedenspreises des deutschen Buchhandels‘ „nicht als persönliche, individuelle Stellungnahme gelesen werden“,³⁸ und Walser selbst lässt keinen Zweifel an seinem Bewusstsein dafür, dass es sich bei der Paulskirche um ein Forum der „öffentlichste[n] Öffentlichkeit“ (WBD 7) handelt, wenn er voraussagt, dass sich „die Medien noch zwei, wenn nicht zweieinhalb Tage“ (ebd.) mit seiner Rede beschäftigen würden. Dies mag ironisch gebrochen sein und sich genau genommen auf eine mögliche, in Wahrheit nie gehaltene Rede beziehen, macht aber dennoch deutlich, dass der Redner sich der „Medienpräsenz“ (ebd.) bewusst ist – wie auch seine Aussage, dass er, wie schon bei anderer Gelegenheit,³⁹ auch „jetzt wieder vor Kühnheit zittere“ (WBD 13) angesichts dessen, was er sich zu sagen unterstehe. Angesichts dieser Aussagen ist es vertretbar, von einem bewusst kalkulierten Tabubruch mit eingebauten Sicherheitsmaßnahmen auszugehen: „Walser trägt in seiner Rede seine Gewissensbisse öffentlich vor, dabei überschreitet er die Grenzen des Privaten. Die anscheinend ge-

³⁸ Wiegel: Folgen, S. 19.

³⁹ Walser bezieht sich dabei auf eine von ihm im Jahre 1977 gehaltene Rede, in der er forderte, man dürfe „die BRD so wenig anerkennen wie die DDR“, sondern müsse stattdessen „die Wunde namens Deutschland offenhalten“ (WBD 13), um nicht den *status quo* der Teilung zu zementieren.

plante Provokation gelingt ihm, weil er den Diskurs mit persönlichen Perspektiven anreichert, sich also wie privat äußert, ohne dafür öffentlich die volle Verantwortung übernehmen zu müssen“.⁴⁰

Es gibt jedoch noch ein zweites, gewichtigeres Argument gegen die reine Subjektivität von Walsers Aussagen. Obwohl er, wie gezeigt, oft genug ausschließlich von sich selbst spricht, sind die Schlussfolgerungen, die er aus seinen individuellen Erfahrungen zieht, vielfach mit dem Anspruch verbunden, für ‚die Deutschen‘ im Allgemeinen zu gelten. Die Funktionsweise dieses sprachlichen Vorgehens möchte ich ebenfalls an einem Beispiel demonstrieren: Walser spricht von der Behauptung eines unspezifischen ‚Dichters‘ (es handelt sich um Günter Grass), dass viele auf den ersten Blick „brave Leute“ (WBD 10) insgeheim „nur von Ausrottung und Gaskammern träumen“ (ebd.) würden, und bekennt: „Ich kann diese Schmerz erzeugenden Sätze, die ich weder unterstützen noch bestreiten kann, einfach nicht glauben. Es geht sozusagen über meine moralisch-politische Phantasie hinaus, das, was da gesagt wird, für wahr zu halten.“ (WBD 11) Das ist in der Tat eine Aussage Walsers über sich selbst, die eine rein subjektive Empfindung und Selbstbeobachtung beschreibt. Schon im nächsten Satz aber ändert sich dies, denn der Redner fährt fort: „Bei mir stellt sich eine unbeweisbare Ahnung ein: Die, die mit solchen Sätzen auftreten, wollen *uns* weh tun, weil sie finden wir haben das verdient. Wahrscheinlich wollen sie auch sich selber verletzen. Aber uns auch. Alle. Eine Einschränkung: alle Deutschen.“ (ebd., Hervorhebung CB)

Auf engstem Raum wechseln hier die Pronomen, denn Walser sagt nicht, jemand wolle ‚ihm‘ wehtun, sondern ‚uns‘; statt nur von sich selbst spricht er also von einer Gruppe, die ihn mit einschließt – und er fügt auch gleich hinzu, um welche Gruppe es sich handelt: um niemand anderen als *alle Deutschen*. Auf diese Weise verknüpft Walser seine rein subjektive ‚unbeweisbare Ahnung‘

⁴⁰ Scharf/Thiele: Kontroverse, S. 197.

unversehens mit dem Anspruch, eine für alle Deutschen gültige Aussage zu treffen. Er postuliert damit die Existenz eines Kollektivs ‚aller Deutschen‘, dem eine Gruppe von Personen gegenüberstehe, die diesen Deutschen wehtun wollten. Diese zweite Gruppe besteht aus jenen „Intellektuellen“ (WBD 11), denen Walser vorwirft, ‚den Deutschen‘ unablässig ihre historische Schande vor Augen zu führen, und die er an anderer Stelle als „Meinungssoldaten [...] mit vorgehaltener Moralpistole“ (WBD 15) bezeichnet. Den Widerspruch, der darin besteht, dass es sich bei diesen (in Walsers Augen) Vertretern von publizistischem Mainstream und *political correctness* ebenfalls um Deutsche handelt, löst Walser, indem er ihnen kurzerhand „eine bestimmte Form des Sadomasochismus“⁴¹ attestiert, was es ihm erlaubt, sie in das *nationale Kollektiv aller Deutschen*⁴² einzuschließen: „Die, die mit solchen Sätzen auftreten, wollen uns weh tun, weil sie finden, wir haben das verdient. Wahrscheinlich wollen sie auch sich selber verletzen.“ (WBD 11)

Eine der wichtigsten Kategorien in Martin Walsers Rede ist der Begriff der *Schande*, und diesem Konzept kommt bei der Konstitution des nationalen Kollektivs eine so zentrale Rolle zu, dass an dieser Stelle eine eingehendere Untersuchung erforderlich ist. Walser spricht unter anderem von der „unvergänglich[e] Schande“ (WBD 11), die den Deutschen unablässig vorgehalten werde, von einer „Dauerpräsentation unserer Schande“ (WBD 12), die er nicht ertragen könne, und die zu einer „Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtig-

⁴¹ Jansen: Schlußstrich, S. 7.

⁴² Aufgrund dieses gedanklichen Konstrukts ist gegen Walser der Vorwurf erhoben worden, er bediene sich national(sozial)istischer Argumentations- und Denkmuster; so sprechen etwa Hajo Funke und Lars Rensmann von einem „atemberaubenden Vorgang“: Walser „beschwört [...] den ‚Volksgeist‘ des Wir-Kollektivs und weist jene ab, die anders fühlen. Wer ihn darauf hin kritisiert, wie der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis es getan hat, verläßt den in dieser Weise konstruierten nationalen Konsens.“ (Hajo Funke u. Lars Rensmann: Friedensrede als Brandstiftung? In: Der Tagesspiegel vom 13. 12. 1998, zitiert nach Wiegel: Folgen, S. 47) Walser, so setzt Wiegel hinzu, „konstruiere damit ein kollektives ‚Wir‘, das gegen ein anderes Kollektiv der ‚Nestbeschmutzer‘ stehe.“ (ebd.)

gen Zwecken“ (WBD 12) geführt habe; zudem bezeichnet er das Holocaust-Mahnmal in Berlin als „Monumentalisierung der Schande“ (WBD 13). Schon Ignatz Bubis hat auf diese auffällige Wortwahl hingewiesen und kritisiert (vgl. WBD 109), dass Walser zwar unablässig von ‚Schande‘, nie aber von ‚Verbrechen‘ spreche. Auch das Wort ‚Schuld‘ kommt in seiner Rede nur verschiedene Formen von ‚beschuldigen‘ vor, was einen signifikanten Unterschied ausmacht. Konfrontiert mit diesem Vorwurf, reagierte Walser mit Unverständnis, so etwa in einem ‚Zwischenruf‘ in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 28. 11. 1998 unter dem programmatischen Titel *Wovon zeugt die Schande, wenn nicht von Verbrechen*: „Ignatz Bubis wirft mir vor, daß ich immer Schande sage und nie Verbrechen. Mein Gott, möchte ich da ausrufen, wovon, wenn nicht von Verbrechen, zeugt Schande.“ (WBD 257). Und auch im Gespräch mit Bubis wiederholt er: „Ich lasse mir das nicht nehmen, daß ich Schande sage. Sie können von Verbrechen reden und dabei bedenken Sie noch nicht einmal, daß Schande wirklich von nichts zeugt als von Verbrechen, verstehen Sie?“ (WBD 455)

Diese Erklärung ist jedoch wenig überzeugend und hat schon in der damaligen Diskussion vielfachen Widerspruch provoziert. So haben verschiedene Kommentatoren darauf hingewiesen, dass Schande keineswegs zwangsläufig vom Verbrechen zeuge und damit auch nicht notwendig darauf verweise, sondern dass ‚Schande‘ auch das schuldlose Opfer eines Verbrechens treffen kann.⁴³ Um ein krasses Beispiel zur Illustration heranzuziehen: Wenn eine Frau als ‚geschändet‘ bezeichnet wird, ist die Assoziation mit der ‚Schande‘, die sie nach traditionell-patriarchalischer Auffassung über sich (und vielleicht auch ihre Familie) gebracht haben soll, schon etymologisch unverkennbar, obgleich die

⁴³ Jansen formuliert in etwas geschraubter Diktion: „Die Schande ist [...] eine Tatfolge, die einem von anderen zugefügt werden kann, während Schuld eine notwendig durch den Täter selbst herbeigeführte Tatfolge ist. Indem er von Schande redet, vermeidet Walser das Reden von Schuld und Verbrechen.“ (Jansen: Schlußstrich, S. 4)

Schuld zweifellos nicht bei ihr liegt. Damit kann ‚Schande‘ auch etwas sein, das „einem einzelnen oder einem Volk bloß widerfährt“ (WBD 136), und diese Bedeutungsfacette ist im Kontext des deutschen Verhältnisses zu eigenen Vergangenheit natürlich hochgradig problematisch, denn sie weist *den Deutschen* eine Opferrolle zu: Sie lässt sie als Opfer jener Intellektuellen erscheinen, die „das Geschäft der Verewigung der ‚Schande‘ betreiben, und zwar zu ganz eigennützigen Zwecken, nämlich zu ihrer eigenen Entlastung durch imaginäre Opfernähe.“⁴⁴ Entsprechend konstatieren Klaus M. Bogdal und Michael Brocke, Professoren an der Universität Duisburg, in ihrem *Offenen Brief an Martin Walser* vom 9. 11. 1998: „In Ihrer Rede erscheinen *die* Deutschen, wer immer das sein soll, als Opfer von Denkern, Wissenschaftlern, Journalisten und Schriftstellerkollegen, die sie mit ihren Erinnerungen und moralischen Bekenntnissen an der Verwirklichung ihrer Zukunft hindern.“ (WBD 120)⁴⁵ Der in diesem Kontext wichtige semantische Unterschied zwischen ‚Schuld‘ und ‚Schande‘ besteht also darin, dass Schuld auf die persönliche Verantwortung des Einzelnen verweist, während ‚Schande‘ als etwas Äußerliches angesehen werden kann, das dem Einzelnen möglicherweise nur geschieht und an dem darüber hinaus „stets ‚die anderen‘ mitbeteiligt [sind], die nachreden und zuschreiben.“⁴⁶ Walser, so resümieren Scharf und Thiele die Ausführungen Lothar Baiers, „könne die deutsche Vergangenheit nur als Schande denken, die

⁴⁴ Lothar Baier: Meister Anton und Walsers Schande. In: *Freitag* vom 11. 12. 1998, zitiert nach Johannes Klotz u. Gerd Wiegel: *Geistige Brandstiftung? Die Walser-Bubis-Debatte*, Köln 1999, S. 55. – Der Ausdruck ‚imaginäre Opfernähe‘ bezieht sich auf die bereits zitierte rhetorische Fragen Walsers: „Könnte es sein, daß die Intellektuellen, die sie uns vorhalten, dadurch, daß sie uns die Schande vorhalten, eine Sekunde lang der Illusion verfallen, sie hätten sich, will sie wieder im grausamen Erinnerungsdienst gearbeitet haben, ein wenig entschuldigt, seien für einen Augenblick sogar näher bei den Opfern als bei den Tätern?“ (WBD 11) Es ist nicht ohne Ironie, dass Walser, der hier den ‚Intellektuellen‘ vorwirft, sich selbst als Opfer zu sehen und auf diese Weise entlasten zu wollen, seinerseits ‚alle Deutschen‘ zu Opfern eben dieser Intellektuellen erklärt.

⁴⁵ Klaus M. Bogdal u. Michael Brocke: *Offener Brief an Martin Walser*. In: WBD 119f.

⁴⁶ Baier: *Walsers Schande*. Zitiert nach: Klotz/Wiegel: *Brandstiftung*, S. 55.

für ihn aber weniger Folge schuldhaften Verhaltens ist als ein ‚von außen‘ aufgezwungenes Gefühl.“⁴⁷

Alle diese Einwände sind so plausibel wie überzeugend, und es erscheint wenig glaubhaft, dass ein Schriftsteller von der sprachlich-literarischen Kompetenz Martin Walsers alle diese Bedeutungs-Nuancen des Wortes ‚Schande‘ verkannt haben und tatsächlich davon überzeugt gewesen sein sollte, ‚Schande‘ sei praktisch synonym mit ‚Verbrechen‘ oder ‚Schuld‘. Aus diesem Zweifel aber ergibt sich die Frage nach seinem Motiv, oder, anders formuliert: nach einer rhetorisch-argumentativen *Funktion*, die nur der Begriff ‚Schande‘ in Walsers Rede erfüllen kann, nicht aber die verwandten Konzepte ‚Schuld‘ oder ‚Verbrechen‘. Ein Hinweis auf diese Funktion lässt sich finden, wenn man sich einen bestimmten Aspekt in Walsers Rede vor Augen führt: Seine Argumentation geht von einem inneren Widerwillen aus gegen das, was er als eine „Routine des Beschuldigens“ (WBD 11) empfindet, von einer Abwehrhaltung gegen die „unaufhörliche Präsentation“ (WBD 12) eines Teils der deutschen Vergangenheit, der ihm „jeden Tag von den Medien [...] vorgehalten“ (WBD 11f.) werde, und zwar unter anderem in der Absicht, ihm Schmerz zuzufügen – „die [...] wollen uns weh tun“ (WBD 11), sagt er. Kein Zweifel: Walser fühlt sich angegriffen und verletzt von der angeblichen „Dauerpräsentation“ (WBD 12) des Holocaust in den Medien, sieht sich ganz individuell und persönlich als Opfer der intellektuellen Vorkämpfer einer gesellschaftlichen „Holocaust-Industrie“ (WBD 149). In einem zweiten argumentativen Schritt aber überträgt er diese

⁴⁷ Scharf/Thiele: *Kontroverse*, S. 159. – Bogdal und Brocke erheben außerdem den Vorwurf, Walser evoziere mit seiner Verwendung des Begriffs ‚Schande‘ nationalsozialistischer Argumentations- und Denkmuster: „Mit der rhetorischen Wiederbelebung des Begriffs der ‚Schande‘ (gegen die philosophisch-ethische Kategorie der Schuld) fallen Sie nicht nur hinter die ersten Versuche rationaler Annäherung an das Geschehene zurück, sondern rufen zugleich nationalistische Topoi ab (die ‚Schande von Versailles‘ u. ä.), die in Verbindung mit Ihrer Vorstellung von einem ‚normalen Volk‘ auf eine Verdunklung geschichtlicher Tatsachen und die Verkehrung der Täter- und Opferrolle zielen.“ (WBD 119f.)

Rolle des verfolgten Opfers übelwollender Vertreter des gesellschaftspolitischen *mainstream* von seiner Person auf ‚alle Deutschen‘, und dieser Transfer ist *nur* mittels der Kategorie der Schande durchführbar!

Zum Beleg dieser Behauptung genügt es, in Walsers bereits mehrfach zitierten Formulierungen das Wort ‚Schande‘ durch ‚Schuld‘ oder ‚Verbrechen‘ zu ersetzen: Niemand kann ernsthaft behaupten, dass noch heute die ‚unvergängliche Schuld‘ der nationalsozialistischen Verbrechen auf allen Deutschen laste, kann von einer ‚Dauerpräsentation unserer Verbrechen‘ oder von der ‚Instrumentalisierung unserer Schuld zu gegenwärtigen Zwecken‘ sprechen – jeder Leser oder Hörer einer solchen Aussage würde zurecht gegen diese unzulässige Verallgemeinerung protestieren und darauf beharren, dass er persönlich an den Verbrechen des Holocaust keinen Anteil gehabt und folglich auch keine individuelle Schuld auf sich geladen habe. Und ein Satz wie derjenige Klaus von Dohnanyis, die Schande des Holocaust treffe „noch heute jeden einzelnen von uns als Deutschen“ (WBD 146), ist nur mit Hilfe des Begriffs der ‚Schande‘ überhaupt sinnvoll zu formulieren, während die analoge Behauptung, die Schuld für die Verbrechen des Nationalsozialismus laste auch heute noch auf jedem einzelnen Deutschen, offensichtlich unhaltbar ist. Der Grund für Walsers ausschließliche Verwendung des Wortes ‚Schande‘ und damit die Funktion dieses Begriffs innerhalb der Argumentation seiner Rede besteht also darin, dass nur dieses Konzept, nicht aber ‚Schuld‘ oder ‚Verbrechen‘, es ihm ermöglicht, ein Kollektiv ‚aller Deutschen‘ zu konstituieren, das durch „unsere geschichtliche Last, die unvergängliche Schande“⁴⁸ (WBD 11) des Holocaust zusammen-

⁴⁸ Lothar Baier verweist im Zusammenhang mit dieser Formulierung auf eine vielsagende Mehrdeutigkeit: „Worin besteht nun ‚unsere geschichtliche Last‘: in dem, was Deutschland unter Hitler angerichtet hat, oder mehr in der ‚unvergänglichen Schande‘? Das ist schließlich zweierlei; der von Walser gewählte Satzbau läßt die Antwort bedeutungsvoll in der Schwebe.“ (Baier: Walsers Schande. Zitiert nach: Klotz/Wiegel: Brandstiftung, S. 55.) Und Jansen konstatiert: „Walsers Thema ist [...] nicht der Holocaust, sondern die Art und Weise, wie mit dem Holocaust umgegangen wird. Das erklärt auch, warum Walser von der Schande spricht: Die Schandtat ist nicht das Thema,

gehalten werde. Diesem nationalen ‚Kollektiv der Schande‘⁴⁹ aber kommt in Walsers Rede eine zentrale Bedeutung zu – welche, soll im abschließenden Abschnitt untersucht werden.

4. „Mehr als tausend Briefe ...“ – Walser als Stimme der schweigenden Mehrheit

Wie bereits dargestellt, verallgemeinert Martin Walser seine persönlichen Empfindungen, um auf dieser Grundlage Aussagen über ‚alle Deutschen‘ treffen zu können. In einem zweiten Schritt aber erhebt er anschließend den Anspruch, stellvertretend für alle Mitglieder dieses Kollektivs zu sprechen, und er begründet diese Stellvertretung mit den „mehr als tausend Briefen voller Zustimmung zur Frankfurter Rede“ (WBD 252), die er erhalten habe. Denn obwohl er zugibt, dass auch „ein paar ablehnende“ (ebd.) darunter gewesen seien, leitet er aus der Zustimmung zu seiner Rede die Legitimation ab, für „die schweigende Mehrheit“ (WBD 461) aller Deutschen zu sprechen. Den Tenor dieser Briefe fasst er im Gespräch mit Ignatz Bubis wie folgt zusammen: „Also die Leute, die mir geschrieben haben, haben wirklich gesagt, wenn ich das zusammenfassen darf: Was wir – und jetzt hören Sie, diese Formulierung ist mir am meisten im Gedächtnis geblieben – was wir bis jetzt hinter vorgehaltener Hand sagten oder unter Freunden sagten, das haben Sie öffentlich ausgesprochen, und dafür sind wir Ihnen dankbar.“ (WBD 445)

sondern die Schande, der an den Tätern und ihren Nachfahren haftende Makel, die Folge des Entdeckens und Dokumentierens der Tat. Das ist es, was Walser stört.“ (Jansen: Schlußstrich, S. 5)

⁴⁹ Wiegel spricht von der „Konstruktion des nationalen Kollektivs über den Begriff ‚Schande‘“ (Wiegel: Folgen, S. 48).

Diese angeblich „befreienden Wirkung“ (WBD 456), die seine Rede auf so viele Deutsche gehabt habe, ist für Walsers Argumentation von zentraler Bedeutung, denn er führt sie als Beweis dafür an, dass sich seine individuellen Empfindungen tatsächlich auf das nationale Kollektiv aller Deutschen übertragen lassen. Damit präsentiert sich Martin Walser als derjenige, der das lange überfällige Wagnis⁵⁰ auf sich nimmt, in aller Öffentlichkeit auszusprechen, was bisher von den Vertretern der *political correctness* mit Hilfe ihrer publizistischen „Meinungssoldaten“ (WBD 15) sowie ihrer „von den moralischen Instanzen abgesegneten Umgangssprache“ (WBD 258) unterdrückt und tabuisiert worden sei – und die mehr als tausend zustimmenden Briefe spielen dabei die Rolle einer öffentlichen Akklamation: Sie erheben Walsers ganz persönliche ‚Befreiung des Gewissens‘ zu einem repräsentativen Vorgang und legitimieren damit seinen Anspruch, als „Sprachrohr und Befreier der durch die ‚ständigen Beschuldigungen‘ unterdrückten Deutschen“⁵¹ aufzutreten:

Die tausend Briefe, die mich nach der Rede erreichten, sind erfreulich, Ausdruck einer einzigen Bewußtseinsregung. Aus jedem spricht eine andere Biographie, jede Art Bildung und Ausbildung und Berufserfahrung ist vertreten, und doch haben alle gemeinsam, daß sie einer Rede zustimmen, in der öffentlich gesagt wurde, was jeder bisher nur gedacht oder gefühlt hat. Meine Rede wurde, das ist unübersehbar, befreiend empfunden. Das Gewissen befreiend. (WBD 259)

Martin Walser zelebriert seinen öffentlichen Tabubruch, und er kann dies auch deshalb relativ gefahrlos tun, weil er sich der Zustimmung eines nicht unbeachtlichen Teils der Deutschen sicher sein kann, was allein genügt, seiner

⁵⁰ Einen deutlichen und gezielten Hinweis auf das ‚Wagnis‘ des öffentlichen Tabubruchs bildet Walsers Formulierung, dass er angesichts der möglichen Konsequenzen seiner Rede „vor Kühnheit zittere“ (WBD 13).

⁵¹ Wiegel: Folgen, S. 53.

Position ein gewisses Maß an Legitimität zu verleihen. So resümieren Scharf und Thiele ihre umfangreichen Ausführungen zur Walser-Bubis-Debatte: „Was die Beurteilung der publizistischen Kontroverse so schwierig macht, ist die Tatsache, daß zwar nicht einfach beide Seiten recht haben, aber doch wesentliche Auffassungen großer Gruppen zum Ausdruck bringen.“⁵² Walser, so lässt sich konstatieren, inszeniert sich effektiv als Stimme der schweigenden Mehrheit, als unerschrockener Rufer in der Wüste von medialem Mainstream und *political correctness*.

Erneut ist es neben anderen Ignatz Bubis, der Einwände gegen diese Position formuliert, und zwar vor allem gegen die von Martin Walser als kollektive Gewissenserleichterung angesehene ‚befreiende Wirkung‘ der Rede. Im Gespräch mit Walser stellt er fest: „Der Begriff der ‚befreienden Wirkung‘ ist für mich nach wie vor ein Problem. All diejenigen, die sich bislang nicht getraut haben – die zwar so gedacht haben, aber keinen hatten, auf den sie sich berufen können – haben jetzt eine geistigen Vater“ (WBD 464). Bubis befürchtet, Walsers Rede könne nicht nur von zahllosen demokratisch gesinnten Deutschen als Befreiung empfunden, sondern auch von den Vertretern der ‚Neuen Rechten‘ zu ihren Zwecken instrumentalisiert, das heißt: antisemitisch sowie fremdenfeindlich ausgelegt werden. Und bei dieser nationalistisch-rechtspopulistischen Lesart könne die ‚Neue Rechte‘ sich dann auf die ganze intellektuelle, gesellschaftliche und moralische Autorität des Schriftstellers Martin Walser berufen: „Ich habe immer gesagt, wenn Deckert, Frey, Schönhuber oder wie immer sie heißen mögen, so etwas sagen, dann interessiert das keinen Menschen, dann hat das keine Wirkung. Wenn Martin Walser so was

⁵² Scharf/Thiele: Kontroverse, S. 203. Auch Marcel Reich-Ranicki bezeichnet die Annahme, dass Walser, „ob uns dies nun gefällt oder nicht, im Namen unzähliger anderer“ spreche, als „eine natürlich zulässige und wahrscheinlich zutreffende Ansicht“ (WBD 322), während Wiegel, wie so oft in seinen Darlegungen, keinen Zweifel über seinen persönlichen Standpunkt erlaubt: „Walser behauptet – wie zu befürchten ist nicht zu unrecht – er spreche für die schweigende Mehrheit der Deutschen.“ (Wiegel: Folgen, S. 17)

sagt, dann hat das eine ganz andere Wirkung.“ (WBD 438) Dabei dürfe auch nicht verkannt werden, dass diese legitimierende Wirkung völlig unabhängig sei von den tatsächlichen Intentionen Martin Walsers – ein Problem, das Salomon Korn Walser gegenüber als Frage formuliert: „Sehen Sie nicht die Gefahr, daß sozusagen aus Ihrer individuellen, ehrlichen, aufrichtigen Haltung jetzt tatsächlich andere das zum Anlaß genommen haben, es für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, indem sie sagen: Aha, Walser, der anerkannte Intellektuelle [...] gibt uns jetzt sozusagen die Absolution, den Schlußstrich zu ziehen. Steckt das nicht darin?“ (WBD 450)

Diese Befürchtungen haben sich als nur zu begründet erwiesen: „Fünf Tage nach der Rede machen sowohl die ‚Nationalzeitung‘ als auch die ‚Junge Freiheit‘ mit der Walser-Rede auf, wobei die ‚Junge Freiheit‘ gleich die gesamte Titelseite mit einem Foto Walsers und einem fett gedruckten Zitat aus der Rede füllte.“⁵³ In der ‚Nationalzeitung‘ wurde Walsers Rede nicht nur dazu benutzt, „um den in dieser Zeitung durchgängig vorhandenen manifesten Antisemitismus zu legitimieren“,⁵⁴ sondern auch „als Ausdruck eines sich verändernden Klimas“⁵⁵ in der deutschen Öffentlichkeit gewertet:

Auch hartnäckige Vergangenheitsbewältiger müssen angesichts des Tonfalls der Diskussion eingestehen, daß das Ende eines, wenn nicht des deutschen Tabus schlechthin unmittelbar bevorsteht. Die Auseinandersetzung um Auschwitz und die jüngere deutsche Vergangenheit nimmt unversehens Züge einer geistigen Reformation an, und Martin Walser reklamiert als neuer Luther die Gewissensfreiheit für die Deutschen. Für diese Debatte war es höchste Zeit. Für die seit 1945 in Deutschland herrschende Geschichtsschreibung bedeutet sie den Anfang vom Ende.⁵⁶

⁵³ Ebd., S. 57.

⁵⁴ Ebd., S. 58.

⁵⁵ Ebd., S. 59.

⁵⁶ Nationalzeitung vom 25. 12. 1998, zitiert nach: Wiegel: Folgen, S. 59.

Der zuletzt zitierte Artikel erschien am Tag nach der von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* veranstalteten Diskussion zwischen Walser und Bubis, doch da andere, in Sache und Tonfall ähnliche Äußerungen bereits vorlagen, ist es nicht verwunderlich, dass das Thema des ‚Beifalls von der falschen Seite‘ auch bei dieser Gelegenheit zu Sprache kam. So zitierte Ignatz Bubis aus einem Brief des amerikanischen Schriftstellers und Holocaust-Überlebenden Elie Wiesel an Martin Walser, in dem dieser gefragt hatte: „Verstehen Sie nicht, daß Sie eine Tür geöffnet haben, durch die andere eindringen können, die völlig andere politische Ansichten verfolgen und auf ganz andere Weise gefährlich sind?“ (WBD 455) Soweit Bubis‘ Zitat, in seinem Schreiben aber fährt Wiesel fort: „Die plötzlich etwas erklären, dem der Mensch und Schriftsteller, der Sie sind, so nie zustimmen wird: daß es Zeit ist, die Seite umzublättern, andere Prioritäten zu setzen, kurzum zu vergessen?“⁵⁷

Elie Wiesels Frage ist rhetorischer Natur, denn natürlich versteht Martin Walser diese Konsequenzen seiner Rede – nur weigert er sich, die Verantwortung für sie zu übernehmen. Im Gespräch stellt Moderators Frank Schirmmayer die Frage, was Walser zu tun beabsichtige, wenn er „mißverstanden werde[], oder auch instrumentalisiert, oder gefälscht“ (WBD 459), und die Reaktion des Autors ist eindeutig: „Ich werde meine Rede nicht ändern, wenn ich sehe, daß sie mißbraucht werden kann. Das habe ich noch nie getan“ (ebd.). Sinnvoller als nachträgliche Änderungen am Manuskript vorzunehmen, die wohl kaum große öffentliche Wirkung erzielen würden, erscheint in der Tat die Anregung Salomon Korns, Walser möge „ein klärendes Wort“ (WBD 460) sprechen, um der Instrumentalisierung der Rede durch rechtspopulistische Organe wie die ‚Nationalzeitung‘ entgegenzuwirken, doch auch dies lehnt der Autor ab: „Entschuldigung, nein, ich nehme das nicht zur Kenntnis. Ich spreche nicht für die Natio-

⁵⁷ Elie Wiesel: Ohne Schande. Offener Brief an Martin Walser. In: WBD 397-399, hier S. 398.

nalzeitung. Für mich existiert die Nationalzeitung nicht.“ (WBD 460) Aus dieser kategorischen Weigerung spricht nicht nur der verständliche Widerwille eines Intellektuellen, sich das eigene Sprechen und Handeln ausgerechnet von der ‚Nationalzeitung‘ vorschreiben zu lassen,⁵⁸ sondern auch Walsers generelle Weigerung, sich den Regeln des politischen Diskurses zu unterwerfen: „Es ist nicht leicht, im politischen Raum mit einer persönlichen Schriftsteller-Sprache zu sprechen. Ich will mir aber keine Sekunde lang meinen Sprachgebrauch durch den Raum vorschreiben lassen, in den ich spreche.“ (WBD 456)

In dieser Weigerung besteht recht eigentlich der Kern von Walsers Strategie des Selbstschutzes, und sie lässt sich zurückbinden an den zu Beginn dieser Argumentation dargelegten Gegensatz zwischen den Ansprüchen der Öffentlichkeit auf der einen und den künstlerisch-individuellen Bedürfnissen des Individuums auf der anderen Seite: Selbst bei einem Thema mit so eindeutig politischen Implikationen wie der Erinnerung an den Holocaust besteht Walser auf seiner ‚persönlichen Schriftsteller-Sprache‘ im Gegensatz zu dem ‚kanalisierten Jargon‘ (WBD 446) der allgemein anerkannten ‚Routine-Denkart‘ (WBD 451). Dass es sich dabei um eine ‚literarischen Sprache‘ (WBD 446) handelt, bedeutet für Walser nicht zuletzt eine Offenheit für Interpretationen, denn „[d]as ist immer so bei literarischen Texten.“ (WBD 458) Er versteht seine Rede primär als sprachlich-literarisches, *nicht aber* als politisches Dokument, und während seine Widersacher und Unterstützer kontrovers über politische und gesellschaftliche Probleme diskutieren, erörtert er vor allem die verschiedenen Möglichkeiten des sprachlichen Ausdrucks!⁵⁹ Denn die sprachliche Ebene ist für Martin

⁵⁸ An anderer Stelle bringt Walser diesen Widerwillen sehr eloquent zum Ausdruck: „Wenn wir bei unseren Äußerungen, Herr Bubis, nur das sagen können, was nicht mißbraucht werden kann, dann überlassen wir gewisse Themen denen, die sie nur mißbrauchen wollen. [...] Und jetzt sagen Sie mir, ich darf das nicht sagen, weil es sonst in der Nationalzeitung mißbraucht wird.“ (WBD 455)

⁵⁹ Zu einem ganz ähnlichen Schluss über Walsers Priorität kommt im Laufe der Diskussion auch Salomon Korn, wenn er feststellt: „Ich weiß nicht, ob Sie das nicht eher als literarisches, sprachli-

Walser, seinen eigenen Worten nach zu urteilen, das eigentliche Zentrum des Problems und der Weg zu einer Lösung:

[E]s gibt einen eingeschlafenen Routinesprachgebrauch für dieses schwierigste Problem unserer Geschichte. Dieser Sprachgebrauch ist übergegangen ganz von selber an, sagen wir mal, Politiker. Und egal, ob sie nun von der einen Seite sind oder von der anderen Seite, es ist etwas Routinemäßiges entstanden, von dem sich die Leute nicht mehr repräsentiert fühlten. [...] Und jetzt kommt das, was ich als den einzigen Sinn in unserer Unterhaltung sehe, daß wir eine Sprache finden, in der viele Leute sich ausgedrückt sehen können (WBD 446).

Etwas überspitzt formuliert könnte man feststellen: Walser geht es nicht um die Sache, also um das Gedenken, sondern um die Sprache, in der man von der Sache redet. Aus dieser Perspektive heraus ist es nur folgerichtig, dass er sich mehr mit der sprachlichen Form als mit dem politischen Inhalt seiner Rede und ihren realen gesellschaftlichen Konsequenzen beschäftigt. Zugleich aber liegt hier einmal mehr die Vermutung nah, dass es sich um eine bewusste und fraglos erfolgreiche rhetorische Strategie des Selbstschutzes handelt: Da Walser im Grunde nicht über Politik, sondern über Sprache spricht, kann er es sich leisten, die politische Auswirkungen seiner Äußerungen weitgehend zu ignorieren, indem er sich auf den Standpunkt stellt, dass sie ihn nicht betreffen und er für sie nicht verantwortlich zu machen sei. Oder, abstrakter formuliert: Martin Walser fasst seine Rede in der Frankfurter Paulskirche als literarischen Text auf, verortet sie folglich in dem entsprechenden literarisch-künstlerischen Diskurs und betrachtet auch ihre realen gesellschaftlichen Konsequenzen vornehmlich unter sprachlichen Gesichtspunkten. Deshalb kann er von Vorwürfen, die aus einem

ches Problem sehen. Ich sehe es mehr als ein politisches Problem von bestimmten Leuten“ (WBD, 454).

politisch-gesellschaftlichen Diskurs heraus gegen ihn erhoben werden, kaum getroffen werden: Er ist ihnen gegenüber praktisch unangreifbar.

5. Resümee

In seiner *Paulskirchen*-Rede verfolgt Martin Walser eine doppelte Strategie der Selbstinszenierung und des gleichzeitigen Selbstschutzes. Er postuliert die Existenz eines Kollektivs aller Deutschen, konstituiert von der „unvergängliche[n] Schande“ (WBD 11) des Holocaust, die ihnen unablässig in den Medien vorgehalten werde. Ausgehend von scheinbar privaten Äußerungen über seine ganz persönlichen Reaktionen auf diese „Dauerpräsentation unserer Schande“ (WBD 12) formuliert er allgemeine Aussagen, die Gültigkeit für alle Mitglieder dieses nationalen Kollektivs beanspruchen. Diese Umdeutung seiner individuellen in repräsentative Empfindungen wird möglich durch die Verwendung des Begriffs ‚Schande‘, der, anders als ‚Schuld‘ oder ‚Verbrechen‘, nicht zwangsläufig persönliche Verantwortung impliziert und damit auf eine so inhomogene Gruppe wie ‚die Deutschen‘ übertragen werden kann. Und da ‚Schande‘ darüber hinaus ein Element äußerer Zuschreibung enthält, gelingt es Walser, ‚die Deutschen‘ zu Opfern des gesellschaftlichen und medialen *mainstream* zu erklären, um sich dann als ihr Sprecher zu inszenieren – eine Position, die er von den „mehr als tausend Briefen voller Zustimmung“ (WBD 252) zu seiner Rede legitimiert sieht. Der eine Teil von Martin Walsers Doppelstrategie besteht also darin, sich als „Sprachrohr und Befreier der durch die ‚ständigen Beschuldigungen‘ unterdrückten Deutschen“⁶⁰ zu inszenieren, als derjenige, der endlich das offen auszusprechen wagt, was bisher nur „hinter vorgehaltener Hand“ (WBD 446)

⁶⁰ Wiegel: Folgen, S. 53.

geflüstert werden durfte: dass es eine mediale „Drohroutine“ gebe und die ‚Moralkeule‘ des Holocaust zu einem ‚jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel‘ (WBD 13) geworden sei, das zu „gegenwärtigen Zwecken“ instrumentalisiert werde – unter anderem dazu, ‚die Deutschen‘ durch die ‚Dauerpräsentation unserer Schande‘ (WBD 12) zu verletzen. Mit diesen Aussagen vollzieht Martin Walser einen kalkulierten Tabubruch, der geeignet ist, maximale mediale und gesellschaftliche Aufmerksamkeit auf ihn zu lenken, und dies auch getan hat!

Der zweite Teil von Walsers Doppelstrategie besteht darin, sich so weitgehend wie möglich vor den Konsequenzen dieses Tabubruchs zu schützen, wozu naturgemäß bereits die Zustimmung eines großen Teils der deutschen Bevölkerung ihren Teil beiträgt. Darüber hinaus aber bedient er sich einer Vielzahl sprachlich-rhetorischer Maßnahmen wie etwa semantischer Leerstellen, rhetorischer Fragen, hochgradig suggestiver Formulierungen und einer eher assoziativen denn argumentativen Struktur. Alle diese Maßnahmen öffnen die Rede für Interpretationen der Zuhörer bzw. Leser und erlauben Walser damit den Rückzug auf den Standpunkt, so, wie eine bestimmte Passage verstanden worden sei, habe er sie gar nicht gemeint, folglich sei er für diese Deutung auch nicht verantwortlich.

Einen ganz ähnlichen Zweck erfüllt auch Walsers hartnäckiges Beharren darauf, er habe rein subjektiv ausschließlich von sich selbst und seinen Empfindungen gesprochen, habe einfach „nur gesagt, wie es [ihm] geh[e].“ (WBD 456) Allerdings vermag dieser Standpunkt kaum zu überzeugen, da eine Rede, die bei dieser Gelegenheit und zu diesem Thema in der „öffentlichste[n] Öffentlichkeit“ (WBD 7) gehalten wird, keinesfalls als ‚privat‘ angesehen werden kann. Doch bildet auch die angeblich ausschließlich subjektive Natur seiner Äußerungen einen Schutzmechanismus, da sie Walser eine weitere Möglichkeit eröffnete, die Verantwortung für die Wirkung seiner Rede von sich zu weisen, denn er

habe ja „keinem Menschen empfohlen, das so zu empfinden wie [er].“ (WBD 441)

Wichtiger als die bisher genannten Schutzmechanismen auf der sprachlichen Ebene ist jedoch der von Walser etablierte strukturelle Gegensatz zwischen seiner persönlichen Position als Künstler und den Anforderungen einer medialen Öffentlichkeit, der als kompositorisches Zentrum der Rede angesehen werden kann. Besonders prononciert drückt er sich in dem Anspruch des Redners aus, sich auch im politischen Raum seiner „persönlichen Schriftsteller-Sprache“ (WBD 456) zu bedienen und sich dem „kanalisierten Jargon“ (WBD 446) des „eingeschlafenen Routinesprachgebrauch[s]“ (WBD 446) zu verweigern. Durch diesen Anspruch ist nicht so sehr der angemessene Umgang mit der deutschen Vergangenheit Walsers Thema, sondern die *sprachliche Form*, die dieser Umgang annimmt. Auf diese Weise verortet er seine Rede in einem sprachlich-literarischen und nicht in einem politisch-gesellschaftlichen Diskurs, was es ihm ermöglicht, die realen politischen Auswirkungen seiner Rede einfach „nicht zur Kenntnis“ (WBD 460) zu nehmen. Dieser Kunstgriff wiederum erlaubt es ihm, jede persönliche Verantwortung für diese Konsequenzen von sich zu weisen – ein Verfahren, das er in der Diskussion um seine Rede mehrfach angewandt hat. Martin Walser vollbringt das Kunststück, in unerhört provokanter Weise über den Holocaust zu sprechen und damit das größte gesellschaftlich-politische Tabu der Bundesrepublik zu brechen, ohne dem eigenen Ruf dadurch bleibenden Schaden zuzufügen. Und er bricht dieses Tabu nicht unter zögernden Skrupeln oder gar aus Unachtsamkeit, sondern auf der offenen Bühne der Frankfurter Paulskirche und mit der effektvollen Geste des Zauberkünstlers, der seinen verblüffendsten Trick zum Besten gibt! Vor den Augen des staunenden Publikums steht Walser, nachdem der Theaterdonner verhallt ist und der Rauch sich verzogen hat, wie die scheinbar zersägte Jungfrau heil und unversehrt auf der Bühne: Weder die harsche öffentliche Kritik noch der Vorwurf des latenten

Antisemitismus haben seinen Ruf auf Dauer beschädigt. Walsers ‚Trick‘ besteht dabei in einer ebenso komplexen wie wohl erwogenen Strategie rednerischen Selbstschutzes, die ihre Wirksamkeit glänzend bewährt hat. Wenn Marcel Reich-Ranicki also feststellt, Walser habe „als Redner versagt und auch als Literat“ (WBD 324), so kommt diese Analyse zu einem gegenteiligen Ergebnis: Martin Walsers außerordentliche rhetorische, sprachlich-literarische und auch *politische* Kompetenz zeigt sich gerade darin, dass er es versteht, ein bisher für unantastbar geltendes politisches Tabu zu brechen und sich zugleich den Konsequenzen seiner Handlung sehr weitgehend zu entziehen.

■ Bibliographie

- Assheuer, Thomas, Ein normaler Staat, in: Schirmmacher, Frank (Hrsg.), Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation, Frankfurt 1999, S. 134-138.
- Baier, Lothar, Meister Anton und Walsers Schande. In: *Freitag* vom 11. 12. 1998.
- Bartl, Andrea / Kraus, Martin (Hrsg.), Skandalautoren. Zu repräsentativen Mustern literarischer Provokation und Aufsehen erregender Autorinszenierungen. 2 Bde., Würzburg 2014.
- Bogdal, Klaus M. / Brocke, Michael, Offener Brief an Martin Walser, in: Schirmmacher, Frank (Hrsg.), Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation, Frankfurt 1999, S. 119f.
- Borchmeyer, Dieter, Von der politischen Rede des Dichters, in: Schirmmacher, Frank (Hrsg.), Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation, Frankfurt 1999, S. 608-616.
- Bubis, Ignatz / Korn, Salomon / Schirmmacher, Frank / Walser, Martin, Wir brauchen eine neue Sprache für die Erinnerung. Ein Gespräch, in: Schirmmacher, Frank (Hrsg.), Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation, Frankfurt 1999, S. 438-465.
- Bubis, Ignatz, Rede des Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland am 9. November 1998 in der Synagoge Rykerstraße in Berlin, in: Schirmmacher, Frank (Hrsg.), Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation, Frankfurt 1999, S. 106-113.
- Dohnanyi, Klaus von, Eine Friedensrede. Martin Walsers notwendige Klage. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. 11. 1998, in: Schirmmacher, Frank (Hrsg.), Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation, Frankfurt 1999, S. 146-150.
- Funke, Hajo / Rensmann, Lars, Friedensrede als Brandstiftung?, in: *Der Tagespiegel* vom 13. 12. 1998.

- Geistige Brandstiftung. Bubis wendet sich gegen Walser. dpa/Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. 10. 1998, in: Schirmmacher, Frank (Hrsg.), Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation, Frankfurt 1999, S. 34f.
- Jansen, Ludger, Alles Schlußstrich – oder was? Eine philosophische Auseinandersetzung mit Martin Walsers Friedenspreisrede, in: Theologie und Philosophie 80 (2005), S. 412-422 (Online-Version: <http://home.arcor.de/metaphysicus/Texte/schlussstrich.pdf>, zuletzt aufgerufen am 26. 11. 2013).
- Klotz, Johannes / Wiegel, Gerd (Hrsg.), Geistige Brandstiftung? Die Walser-Bubis-Debatte, Köln 1999.
- Köhler, Kai, Die poetische Nation. Zu Martin Walsers Friedenspreisrede und seinen neueren Romanen, in: Klotz, Johannes / Wiegel, Gerd (Hrsg.), Geistige Brandstiftung? Die Walser-Bubis-Debatte, Köln 1999, S. 65-117.
- Mann, Thomas, Betrachtungen eines Unpolitischen, in: ders.: Gesammelte Werke in 13 Bänden, Band XII: Reden und Aufsätze 4, Frankfurt²1974.
- Marcel Reich-Ranicki: Das Beste, was wir sein können. Walser, Bubis, Dohnanyi und der Antisemitismus, in: Schirmmacher, Frank (Hrsg.), Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation, Frankfurt 1999, S. 321-325.
- Perger, Werner A., Wir Unbefangenen. *Die Zeit* vom 12. 11. 1998.
- Scharf, Wilfried / Thiele, Martina, Die publizistische Kontroverse über Martin Walsers Friedenspreisrede, in: Deutsche Studien. Vierteljahreshefte (1999), Jg. 36, Heft 142, S. 147-208.
- Walser, Martin, Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede, in: Schirmmacher, Frank (Hrsg.), Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation, Frankfurt 1999, S. 7-17.

- Wiegel, Gerd, Eine Rede und ihre Folgen. Die Debatte zur Walser-Rede, in: Klotz, Johannes / Wiegel, Gerd (Hrsg.), Geistige Brandstiftung? Die Walser-Bubis-Debatte, Köln 1999, S. 17-64.
- Wiesel, Elie, Ohne Schande. Offener Brief an Martin Walser, in: Schirmacher, Frank (Hrsg.), Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation, Frankfurt 1999, S. 397-399.

국문요약

불장난하는 자는 신문에 난다

- 계산된 금기 타파와 자기 보호 전략 사이에 놓인 마르틴 발저의 평화상 수상 연설

크리스티안 바이어 (서울대)

마르틴 발저는 파울 교회에서 있었던 평화상 수상 연설에서 자기 연출과 자기 보호라는 두 가지 전략을 수행하였다. 그는 홀로코스트라는 “지나가지 않은 치욕”에 의해 구성된 독일인 집단이라는 존재가 있다고 하면서 그런 치욕이 계속해서 매체에 남겨진다고 주장한다. 이로써 그는 개인적으로 보이는 진술에서 “우리의 치욕의 지속적 재연”에 이르기까지 민족이라는 집단 모두에게 해당되는 일반적 진술을 만든다. 이와 같이 개인적인 것을 집단을 대표하는 것으로 변화시킨 것은 “치욕”이라는 개념을 사용했기 때문이다. 이 치욕이란 말은 독일인을 사회적 매체적 주류의 희생자로 해석하도록 하는 것이다. 발저의 두 가지 전략 가운데 한 부분은 ‘지속적인 부채’로 억눌려진 독일인의 “언어통이자 해방자”로 스스로를 보여주는 것이며 마침내 지금까지 그저 유보된 채 속삭이던 것을 공공연히 말하는 자로서 드러내는 것이다. 이런 계산된 진술로 발저는 금기를 깨뜨리고 언론과 사회의 주목을 한몸에 받았다.

발저의 두번째 전략은 또한 이처럼 금기를 깨는 발언의 결과로부터 스스로를 보호하는 것이다. 그는 이미 많은 수의 국민들로부터 동감을 얻었고, 또한 많은 수의 수사적 조치들을 이용하였다. 이런 모든 조치들에 의해 발저의 연설은 청중들의 해석에 맡겨지게 되었고 발저 또한 자신의 입장을 고수할 수 있게 되었으며 자신의 말에 책임을 지지 않게 되었다.

그저 주관적인 생각을 말했을 뿐이라는 그의 주장은 바로 보호장치가 되었고 그의 연설의 영향에 대해 책임질 것을 단호히 거절하는 것도

가능하게 해주었다. 그는 “누구에게도 그렇게 느끼도록 추천하지 않았다” 는 것이다.

지금까지 말한 언어적 차원에서 보호장치보다 더 중요한 것은 발저에 의해 예술가로서의 개인적 입장과 매체의 공공성의 요청 사이에 구조적 대립이 만들어졌다는 것이다. 특히 그는 연설가의 입장에서 “개인적 작가의 언어”가 정치적 공간에서 이용되고 틀에 박힌 언어 사용에 이용된다는 것을 받아들이지 않으리라고 분명히 말한다. 이런 요구에 따라 독일의 과거를 다룬 발저의 테마는 언어적인 형식이 된다. 이런 식으로 그는 자신의 연설을 언어적 문학적 논의 속에 자리매김시키고 그것은 그의 연설이 가져온 정치적 과급력에 대해 그가 “모르는 것”을 가능하게 한다. 이와 같은 책략은 발저의 비상할 정도로 수사적이며 언어적이고 문학적인 능력을 보여주는데, 그것은 지금까지 건드려지지 않은 정치적 금기를 깨뜨림과 동시에 그 자신을 그런 행위의 결과에서 벗어나도록 해주기 때문이다.

(요약: 구연정)

주제어: 발저-부비스 논쟁, 평화상 수상 연설, 과거청산, 홀로코스트, 국가사회주의, 기억문화

Schlüsselbegriffe: Walser-Bubis-Debatte, Friedenspreis-Rede, Vergangenheitsbewältigung, Holocaust, Nationalsozialismus, Erinnerungskultur

필자 E-mail: daad-lektor.seoul@gmx.de

논문투고일: 2013.10.15, 논문심사일: 2013.11.10, 게재확정일: 2013.11.30.